

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1923**

37 (28.3.1923)



Ercheint  
Montag, Mittwoch und  
Freitag.

Bezugspreis:  
Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger u. andere Aussträger  
ohne Beleggeld  
monatlich 2700.— Mk.  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu  
entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt be-  
steht kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

Geschäftszeit: 7-5 Uhr, Sonntags  
geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Postfach-Konto  
Kaiserstraße Nr. 6903.

# Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:  
Anzeigen: Die 42 mm breite  
Millimeter-Zeile 60.— Mk.  
Reklamen: Die 57 mm breite  
Millimeter-Zeile 180.— Mk.  
Anzeigen mit Belegadresse oder  
Ankunft 180.— Mark Sonderbe-  
rechnung. Alle Preise freibleibend.  
Grundchrift im Anzeigen- und  
Textteil ist Petit.  
Bei Wiederholungen tarifreter  
Rabatt, der bei Nichtzahlung immer-  
halb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum oder bei gerichtlicher Be-  
treibung und bei Konkurs erlischt.  
Vogelstempel werden nicht an-  
erkannt und für Aufnahmen an  
bestimmten Tagen sowie für tele-  
phonische Aufträge keine Gewähr  
übernommen.  
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen müssen  
am Tage vorher aufgegeben werden

Nr. 37.

Mittwoch, den 28. März 1923.

84. Jahrgang

## Der Außenminister über Deutschlands Politik.

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 27. März. Im auswärtigen Ausschuss des Reichstags sprachen in der auf die Rede des Außenministers folgenden Diskussion nach dem Abg. Müller (Franken, Soz.) noch die Abg. Spahn (Zentrum), Helfferich (Dn.), Stresemann (D. Vp.), Gothein (Dem.), Kornen (Komm.) und Breitscheid (Soz.) Der Ausschuss war einmütig in der Ablehnung der von der französischen Regierung geforderten Kapitulation und in der Überzeugung von der Notwendigkeit der Fortführung des passiven Widerstandes mit dem Ziel, hierdurch und durch internationale Abmachungen die Befreiung des Ruhrgebietes von der heutigen unrechtmäßigen Inhaftation herbeizuführen. In der heutigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wies der

Reichsminister des Äußern Dr. von Rosenberg

an Hand der amtlichen Dokumente nach, daß die deutschen Vertreter in Paris ermächtigt und gerüstet waren, den deutschen Reparationsplan der dort vom 2. bis 5. Januar tagenden Konferenz der Ministerpräsidenten schriftlich vorzulegen und mündlich zu erläutern und ihn für den Fall, daß ein mündliches Gehör nicht ermöglicht würde, der Konferenz auch nur auf schriftlichem Wege zu übermitteln.

Auf die Frage, wie sich die Reichsregierung zu dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes stelle, den dieser in seiner Rede in der Historischen Gesellschaft in Kopenhagen am 29. Dezember entwickelte, antwortete der Reichsminister, die deutsche Regierung halte den von Hughes gewiesenen Weg für gangbar und glaube, daß das Heil nicht nur der nächstbeteiligten Mächte sondern eines großen Teiles der Welt davon abhängt, daß dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten werde. Nach Ansicht der Regierung sollte die von Hughes vorgeschlagene internationale Kommission von Geschäftsleuten oder ein ähnliches sachverständiges oder unparteiisches Gremium, an dem Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, möglichst bald zusammentreten und folgende Fragen beantworten:

1. Was hat Deutschland bisher geleistet?
2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch leisten?
3. Auf welche Weise können diese Leistungen bewerkstelligt werden?

Werde dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an den internationalen Kapitalmarkt wegen Bewilligung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten, die von Deutschland mit jeder von dem Anleihekonzortium als nötig bezeichneten Sicherheit auszustatten und an Frankreich oder die Alliierten als sofortigerbarer Vorschuss zu behändigen sein würde. Die Regierung sei überzeugt und würde erforderlichenfalls durch geeignete Maßnahmen auch in gesetzlicher Form dafür sorgen, daß die deutschen Industrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft in den Dienst der so auf das Erfüllbare zurückgeführten deutschen Reparationspflicht stellen.

Die deutsche Regierung habe im Laufe der diplomatischen Konversationen die wichtigsten der am Europäischkeit interessierten, aber nicht unmittelbar am Ruhrkonflikt beteiligten Mächte, ohne Anträge zu stellen oder Wünsche zu äußern, von dieser Anschauung in Kenntnis gesetzt, habe sie aber gleichzeitig auf die Schwierigkeit des Problems hingewiesen, wie Deutschland die Sicherheit dafür verschafft werden könne, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt und vertragsmäßige Zustände im Rheinlande wieder hergestellt werden.

Das Problem sei, abgesehen von den täglich sich verschärfenden Leiden der Bevölkerung und der dadurch bedingten Gefahr eines Ausbruchs der Volksleidenschaften deshalb so wichtig, weil die Regierung sich nicht denken könne, daß irgend ein Sachverständigenrat in der Lage sein werde, ein sicheres Urteil über die tatsächliche Leistungsfähigkeit Deutschlands abzugeben, bevor dem gewaltsamen Eingriff in das deutsche Wirtschaftsleben und der dadurch verursachten Wertverminderung Einhalt geboten sei. Auch sehe die Reichsregierung keine Möglichkeit, daß das deutsche Volk seine einzige Waffe den passiven Widerstand, aus der Hand legen könne, ohne daß auch der Gegner sich auf die Linie des quo anie (vorherigen Zustandes) zurückziehe.

Zu der von Frankreich in der letzten Zeit in den Vordergrund geschobenen Frage der politischen Sicherheit verwies der Reichsminister auf den deutschen Vorschlag des Rheinlands-paktes und auf das Gebiet friedensichernder Vereinbarungen, die auf dem Boden der Gegenseitigkeit aufgebaut sein müßten.

Hinsichtlich des Handelsverkehrs aus dem besetzten Gebiet nach dem Auslande, namentlich nach England, bemühe sich die deutsche Regierung, wie der Reichsminister weiter ausführte, eine Regelung zu finden, die ohne eine Durchbrechung der deutschen Widerstandsfrente den Bedürfnissen des ausländischen namentlich des englischen Warenverkehrs, praktisch Rechnung trage. Die Quintessenz dieser auf englische Anregung zurückzuführenden Regelung laufe darauf hinaus, daß die vor einem bestimmten Termin abgeschlossenen Handelsverträge neutralisiert werden, d. h., daß in Ansehung dieser Verträge sowohl die französisch-belgischen Besatzungsbehörden als auch die deutschen Behörden sich jeder Kontrolle enthalten sollten.

Man wisse, daß verschiedene fremde Regierungen Vorstellungen in Paris und Brüssel erhoben haben, um das gleiche Zugeständnis von französisch-belgischer Seite zu erhalten, das

Deutschland bereits gemacht habe. Welchen Erfolg diese Vorstellungen gehabt haben, sei hier nicht bekannt.

### Erhöhte Alarmbereitschaft.

Berlin, 25. März. Da sich an verschiedenen Stellen Preußens Bestrebungen bemerkbar machen, die gegen die Sicherheit des Staates gerichtet sind, hat der preußische Innenminister Severing die erhöhte Alarmbereitschaft der Schutzpolizei angeordnet. Wenn auch Meldungen über gewalttätige Versuche bis jetzt nicht vorliegen, so zeigt doch die Tätigkeit der abgefangenen Hitler-Kuriere und der Eindringlinge, den die Maßnahmen des Innenministers in deutsch-völkischen Kreisen hervorgerufen hat, daß polizeiliche Sicherungsmaßnahmen am Platze sind. Das Rundtelegramm Severings, in dem die Alarmbereitschaft befohlen wird, hat folgenden Wortlaut: „Wegen drohender Unternehmungen radikaler Elemente erhöhte Alarmbereitschaft der Schutzpolizei überall anordnen. Ebenso ist größte Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei geboten. Erwarte gegebenenfalls schärfstes Zutreffen.“ Dem Rundruf ging eine Konferenz zwischen Minister Severing, Polizeipräsidenten Richter-Berlin und dem Kommandeur der preußischen Schutzpolizei, Oberst Kaupisch, voraus. Inzwischen mußten in Hannover zwei neue Verhaftungen vorgenommen werden. Es handelt sich um den Herausgeber der deutschvölkischen Zeitschrift „Sturm“ und einen seiner Mitarbeiter, die beschuldigt sind, eine militärische Organisation geschaffen zu haben, die sich in diesen Tagen zum Losschlagen bereit hielt.

### Rekognoszierungsversuche in Baden.

Frankfurt, 26. März. Der „Fränk. Zig.“ wird aus Karlsruhe telegraphiert: Auch in Baden versuchen die verbotenen Organisationen Anhänger zu gewinnen. Sie hielten in den letzten Wochen an verschiedenen Orten Versammlungen ab, so in Karlsruhe, Neustadt und Bonndorf. Viel Erfolg hatten sie nicht, da die bedächtige badische Art extremen politischen Strömungen wenig geneigt ist. In der Karlsruher Versammlung, an der etwa 300 Personen teilnahmen, wurden von Rednern, die sich als Arbeiter bezeichneten, die üblichen konfusiven Ansprachen gehalten. Die Versammlung in Bonndorf sah in der Hauptsache ländliche Besucher. Der Minister des Innern hat Vorbehalte getroffen, daß die in dieser Zeit mehr denn je gefährlichen Bestrebungen einschichtsloser Gefühlsplitzler für die Zukunft unterbunden werden.

### Die Kommunisten als Helfer der Franzosen.

Köln, 25. März. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Gelsenkirchen: Die Beamten der Zeche zogen sich mit den Familien vor den vordringenden Kommunisten in das Zechegebäude zurück. Die Wohnung des Generaldirektors Keften wurde gewaltsam geöffnet und ebenso wie die übrigen Wohnungen ergebnislos nach Waffen durchsucht. Als die Beamten sich auf die Straße wagten, um festzustellen, aus welchen Ursachen man gegen sie vorgehe, wurden sie von den Kommunisten beschossen. Es entwickelte sich nun ein Feuergefecht, in dem eine Anzahl Personen — nach den bisherigen Feststellungen etwa sieben — mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Es ist einwandfrei festgestellt, daß der Anführer des Putzes ein Russe ist, der vor einigen Monaten als polnischer Arbeiter auf der Zeche Dahlbusch beschäftigt war, seit einiger Zeit aber das Arbeitsverhältnis löste. Außerdem wurden kommunistische Führer als Leiter der Unterabteilungen festgestellt. Daß es soweit kommen konnte, ist nach dem Berichtstatter der Zeitung auf das gänzliche Fehlen der Schutzpolizei zurückzuführen.

### Für Ordnung im Innern.

Es muß leider festgestellt werden, daß heute schon französische Pressestimmen vorliegen, aus denen tiefe Befriedigung spricht über die Tatsache, daß die Freiheitsrede des preußischen Innenministers Severing, die die rechtsradikalen Umtriebe zum Gegenstand hatte, den Franzosen wertvolles Material gegen Deutschland geliefert hat. Es steht fest, — der Reichskanzler hat dies in seiner letzten Rede klar genug zum Ausdruck gebracht — daß jeder Radikalismus in der politischen Bewegung die innere Front in dem Augenblick gefährdet, in dem der Feind nach dem Herzen Deutschlands greift, und daß jeder, der das Gebot des Staates durch gewaltsame Eingriffe zu stören versucht, den unerbittlichsten Richter finden muß. Aber ebensowenig kann bezweifelt werden, daß eine staatliche Abwehraktion, die in diesem Falle in der Tat notwendig gewesen zu sein scheint, in aller Stille hätte vorgenommen werden können, ohne daß ihre Kraft und die Aussicht auf Erfolg dadurch vermindert worden wäre. Im übrigen muß festgestellt werden, daß der Minister die Deutschvölkischen Helfer zu ernst und die Kommunisten zu wenig ernst nimmt. Mit Recht weist die deutsch-völkische „Zeit“ den Minister darauf hin, daß z. B. in Sachen die Kommunisten sich schon die Mitbereitschaft in der Regierung erstritten haben, daß sie ungehindert Hundertschaften bilden, daß sie die öffentlichen Straßen in den großen Städten sperren, wenn eine deutsch-nationale Versammlung abgehalten werden soll. Wenn die Deutsch-völkischen in öffentlichem Aufzug mit wehenden Fahnen durch Berlin ziehen wollten, würde die Schupo auf Befehl des Ministers bereit sein, es sofort zu verhindern. Die Kommunisten aber hätten am 18. März in Berlin daselbe ungehindert getan. Die deutsche Freiheitspartei habe nicht ein Blatt in Berlin, die Kommunisten aber hätten die „Rote Fahne“ die jeden Tag ungehindert die

Fortsetzung der Revolution, die Beseitigung der bestehenden Regierung, den Klassenhaß und die Diktatur des Proletariats predige. Wenn man die Abwehrpolitik nach dem Wunsch des Reichskanzlers Dr. Cuno und der gesamten Ruhrbevölkerung nur im Zeichen der Geschlossenheit, ohne Unterschied der Parteien, der streng sachlichen Arbeit die nur auf das Ganze gerichtet sein darf, sieht, dann darf man nicht das schwere Geschloß nach der einen schwächeren Seite richten und die andere ganz ungleich gefährlichere mit einer Handbewegung zur Ordnung winken wollen.

### Französische Vermutungen über eine innerdeutsche Krise.

Paris, 26. März. Newyork Herald schreibt: Nach Anschauung französischer Kreise tritt die Reparationsfrage in eine neue Phase. Man glaubt an einen schweren Konflikt zwischen dem Kabinett Cuno und den Sozialdemokraten, der Cuno zu Verhandlungen mit den Franzosen zwingen könnte. Diese Meinung gründet sich hauptsächlich auf die Berliner Besprechungen zwischen deutschen und alliierten Sozialisten. Man hoffte, daß die sozialistische Konferenz dazu führen werde, die Reparationsfrage zu lösen. Die französischen Delegierten würden noch in dieser Woche mit den sozialistischen Kameradengliedern Fühlung nehmen. Uebrigens glaube man, die sozialistischen Pläne könnten Poincaré gefährlich erscheinen, der auf Zahlung von 60 Milliarden Goldmark und auf einen Vertrag wegen der Sicherheit Frankreichs dringt. Indessen könnten die sozialistischen Vorschläge auch von den gemäßigten Elementen in der Kammer in Erwägung gezogen werden. Selbst bei einzelnen Abgeordneten des nationalen Blocks herrscht jetzt größeres Interesse an dem Vorschlag, daß der Völkerbund eingreifen sollte und zwar zugunsten der Errichtung einer entmilitarisierten Zone im Rheinland. Die Annahme dieses Vorschlages könnte zu einer rascheren Räumung des Ruhrgebietes führen, als es durch die Brüsseler Beschlüsse vorgesehen wäre.

### Die Konferenz der Sozialisten.

Berlin, 26. März. Die Besprechungen der internationalen sozialistischen Delegierten mit dem Parteivorstand der deutschen Sozialdemokraten sind heute abgeschlossen worden. Mit ihrem Ergebnis wird sich am 9. April die Konferenz der sozialistischen Parlamentarier in Paris befassen, worauf zu deren Auffassung der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokraten wieder Stellung nehmen wird. Ueber folgende Punkte wurde Uebereinstimmung erzielt: Alle Kräfte sind darauf zu konzentrieren, dem Ruhrabenteuer ein möglichst rasches Ende zu bereiten und weiter auf eine endgültige Festsetzung der Reparationsleistungen, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich führt, den europäischen Frieden wahr und der deutschen Leistungsfähigkeit Rechnung trägt.

Unter den Vorgängen in Deutschland erregt im Auslande die am Samstag in Berlin zusammengetretene internationale Sozialistenkonferenz besonderes Interesse. Auf dieser Konferenz die von Wels geleitet wird, und in der die deutschen Sozialisten durch den gesamten Parteivorstand der S.P.D. vertreten sind, werden seit Sonntag unter lebhafter Beteiligung der belgischen, englischen und französischen Sozialdemokraten die Probleme der Reparationen besprochen. Die sozialistischen Parteiorgane bringen keine Berichte über die Konferenz, die vorläufig geheim gehalten wird. Man hoffte heute die Beratungen so weit zu fördern, daß die Delegationen der fremden Nationen am Dienstag abreisen können. Vorläufig ist aber nicht daran zu denken, daß irgend welche positive Ergebnisse bekannt werden, denn die Delegationen werden jetzt erst ihren Parteien Bericht erstatten, ehe gemeinsame Entschlüsse der Internationale gefaßt werden. Es muß auch vor dem allergeringsten Optimismus, was die Tragweite derartiger Beschlüsse anbelangt, gewarnt werden, denn in Frankreich dem Lande, dessen Stimme maßgeblich für den Ausgang des Ruhrabenteuers und der Reparationskrise ist, ist bekanntlich der Einfluß der Sozialdemokratie verschwindend klein. Auch die englische Arbeiterpartei bereitet sich auf wenig Hoffnung, nachdem ihre Vertreter, die das Ruhrgebiet bereisten, die unendlich törichte Idee der Internationalisierung des Ruhrgebietes aufgebracht haben. Im Auslande ist man von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine unmittelbare Wirkung der Berliner Sozialistenkonferenz auf die politische Lage sich nicht bemerkbar machen werde. Dagegen hofft man in Paris, wenn der vom Quai d'Orsay gespeiste Pariser Korrespondent des Newyork Herald richtig unterrichtet ist, daß die Berliner Sozialistenkonferenz nicht ohne Einfluß auf die deutsche Ruhrpolitik der Regierung Cuno sein werde. Man hat aus der Freiheitsrede des preußischen Innenministers Severing auf einen Konflikt zwischen dem Reichskanzler und Severing geschlossen und glaubt, daß die deutsche Sozialdemokratie auf der Berliner Konferenz Reparationspläne vorlegen werde, die die Billigung der fremden sozialistischen Delegationen finden und zugleich die tiefe Luft zwischen der Auffassung Cunos und derjenigen der stärksten Partei offenbaren würde. So spekulieren die maßgebenden Kreise Frankreichs auch heute wieder auf das deutsche Erdbeben: die Uneinigkeit. Sie hoffen, daß die Severing'sche Landtagsrede das symptomatische Zeichen des Ausbruchs dieser Krankheit sei. Wir aber hoffen, daß die deutsche Sozialdemokratie den taktischen Fehlgang ihres Ministers dadurch wieder gut machen wird, daß sie auch in der Erörterung, die sich an die bevorstehende Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und die Kanzler-erklärungen über die von gewissen Sozialdemokraten beanstandete Münchener Rede knüpfen werde, den Franzosen keinen Grund gibt, derartige Hoffnungen zu nähren. Es kann den Franzosen auch entgegengestellt werden, daß gerade Herr



Severing als preussischer Innenminister sich in der Organisierung des passiven Widerstandes an der Ruhr Verdienste erworben und bewiesen hat, daß er in der Ruhrpolitik zum mindesten einer Meinung mit dem Reichskanzler ist.

Keine Einbildungen.

Berlin, 2. März. Die Beratung zwischen der verantwortlichen Leitung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und einer Reihe ausländischer Sozialisten, die in diesen Tagen in Berlin stattgefunden hat, ist geeignet, bei vertrauensseligen Gemütern, Einbildungen zu erwecken, vor denen rechtzeitig und nachdrücklich gewarnt werden muß. Diese Warnung ist um so notwendiger, als eine geschickte Pariser Maché sich bemüht, solche Einbildungen auf Umwegen noch zu verstärken. Sie läßt durch amerikanische Blätter die Auffassung verbreiten, daß man von den allgemeinen Besprechungen eine neue Phase in dem Ruhrproblem, ja den Beginn grundlegender Verhandlungen erwarten dürfe, für die die internationalen Sozialisten und möglicherweise auch der Völkerbund die Wege zu bereiten im Begriffe seien. Durch solche Stimmungsmache wird wieder einmal versucht, in Deutschland einen Optimismus zu erwecken, dessen unausbleibliche Enttäuschung an der deutschen Widerstandskraft nagen müßte. Man muß daher in Deutschland von vornherein dafür sorgen, daß ein solcher Optimismus gar nicht erst aufkommt. Um das zu verhindern, genügt die Erinnerung daran, wie wenig selbst bei bestem Willen die Sozialisten der gegnerischen und der neutralen Länder es bisher vermocht haben, auf ihre Regierung in außenpolitischen Dingen Einfluß zu gewinnen. Diese Erinnerung sollte auch die deutschen Sozialdemokraten davor bewahren, ihrer Aussprache mit den ausländischen Gesinnungsgenossen mehr Bedeutung beizumessen, als sie beanspruchen darf. Weder die deutsche Sozialdemokratie noch die Gäste, die sie jetzt in Berlin bei sich sah, haben ein Mandat, Vorschläge oder gar Angebote zu machen. Das bleibt nach wie vor Sache der in Frage kommenden Regierungen. Die Haltung der französischen Regierung ist, trotzdem ihr im stillen Kämmerlein vielleicht dieses oder jenes dämmern mag, nach außenhin unentwegt gegen Vermittlungen gerichtet und auf das Verlangen gestellt, daß Deutschland ein Angebot zu machen, d. h. den ersten Schritt zur Unterwerfung zu tun habe. Diesen Forderungen gegenüber stehen die Richtlinien, die die deutsche Regierung durch die Gesamtlage, durch das gute Recht Deutschlands und durch die Uebergriffe der Feinde vorgezeichnet sieht, auf denen sie beharrt und über die der Reichskanzler zu wiederholten Malen, zuletzt in München und Stuttgart, das Nötige gesagt hat. Wenn daher von Paris aus mit allzu betontem Eifer an die Berliner Sozialistenkonferenz Beratungen geknüpft werden, wie sie hier kurz skizziert sind, so ist es demgegenüber Pflicht, einmal die Absicht einer derartigen französischen Propaganda ins rechte Licht zu rücken, wie auch die Dinge, an die diese Propaganda anknüpft, mit dem Maßstab zu messen, der für sie paßt.

Das neueste Programm Lloyd Georges.

Der Völkerbund als Falle für den deutschen Michel. Der "Daily Chronicle" schreibt, die Aussichten auf den Beginn von Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland scheinen gut zu sein, und fragt, ob die britische Regierung irgend einen Aufbauplan besteuern könne. Das Lloyd George nahestehende Blatt fährt fort, es erfähre, daß Lloyd George in der nächsten Woche in der Unterhausdebatte einige derartige Vorschläge machen wolle. Der Plan müsse Frankreich sein Recht geben, ohne die moralischen und materiellen Demütigungen, die Deutschland infolge des Krieges auferlegt worden seien, zu vermehren. Es dürfe keinerlei Veräußerung deutschen Gebietes in irgend einer Verhüllung stattfinden. Die alliierten Besetzungstruppen müßten zurückgezogen werden und andere wirksamere Garantien dafür, daß Deutschland sein Wort halte, müßten an ihre Stelle treten. Der Reparationsbetrag müsse sehr beträchtlich vermindert werden. Es müßten Garantien gegen einen Verzug Deutschlands gegeben werden; als letztes Druckmittel könnte eine Verfallserklärung betreffs des Pfandes vorgeesehen werden. Diese dürfe jedoch nicht in der Gestalt eines von einer Macht zu begehenden Gewaltaktes geschehen, sondern müsse ein gesetzlicher Akt sein, durchgeführt auf Anordnung eines internationalen Gerichtshofes, unter angemessener Berücksichtigung aller Gläubiger und nicht nur eines Gläubigers allein. Der Völkerbund sei der einzige internationale Gerichtshof, der "über einen Verdacht erhaben" sei, und er müsse zu dieser Autorität gemacht werden. Wenn das Pfand nicht

nur für die Reparationen, sondern auch für die Anleihe zur Förderung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands bestimmt würde, wäre es umso besser, weil in diesem Fall weniger mit einem Verzug Deutschlands gerechnet zu werden brauchte. Frankreich habe auch ein Recht auf Sicherheit. Die praktische Sicherheit sei eine entmilitarisierte Zone und die Garantie, daß, wenn diese Zone verlegt werde der übrige Teil der Welt seine gesamten Hilfsquellen der verletzten Partei zur Verfügung stellen werde. Auch hier sei der Völkerbund das beste Instrument für die Abrüstung und die ideale Autorität zur Befragung des Schuldigen. Möglicherweise könnten die "mächtigen Mitglieder" des Völkerbundes im voraus die Maßnahmen festlegen, die sie treffen würden, wenn ein Ruf von Seiten des Völkerbundes an sie ergehe. Hierzu erklärt das Blatt, derartige Vereinbarungen würden nicht auf eine Allianz hinauslaufen. Zu den Abmachungen bezüglich dauernder Abrüstung könnten auch Abmachungen für den wirtschaftlichen Frieden und ein Zusammenwirken zwischen Lothringen u. der Ruhr getroffen werden.

Englische Druckmittel auf die französische Politik.

Die englische Zeitung "The Nation" beschäftigt sich mit einem Eingreifen Englands in die französische Gewaltpolitik und kommt dabei zu folgendem Schluß: Es gibt zwei Wege, auf denen eine Intervention ausgeführt werden könnte, und beide sollten benutzt werden, die französische Regierung zu zwingen, Farbe zu bekennen. Die britische Regierung kann die Ruhrinvasion und die ganze Reparationsfrage vor den Völkerbund bringen, weil sie den Frieden von Europa bedrohen. Frankreich ist dann durch die eingegangenen Verpflichtungen gezwungen, die Angelegenheit dem Völkerbund für eine Regelung zu unterbreiten. Natürlich, Frankreich möchte und wird wahrscheinlich diesen Vorschlag

**Volksnot heißt Volkopfer!**  
**Wenn du Deutscher bist**  
**so gib weiter zum Deutschen Volkopfer!**

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 6903

Unsere Sammlung ergab bis jetzt 2832 507 Mark.

zurückweisen, aber es kann dieses nur dadurch tun, daß es den Völkerbund zur Auflösung bringt. Selbst das würde besser sein als die gegenwärtige Lage. Denn dann würden die Völker Europas sehen, was der Völkerbund und die französische Politik in Wirklichkeit bedeuten. Das andere Mittel, mit dem wir gegen Frankreich opponieren können, ist unsere wirtschaftliche Macht. Großbritannien und die Vereinigten Staaten besitzen Mittel, um einen unwiderstehlichen wirtschaftlichen Druck auf die französische Regierung auszuüben, und sogar Großbritannien allein, wenn es seine Macht gegen Frankreich anwenden, würde wahrscheinlich Poincaré veranlassen, auf seine Ansichten zu hören. Wir würden es sehr bedauern, wenn wir zu diesem Mittel der Ueberredung greifen müßten, aber wenn, wie es wahrscheinlich erscheint, Herr Poincaré sich weigert, auf die andern Vorschläge zu hören, so müßten diese sofort angewandt werden.

Frankreich auf der Suche nach neuen Bündnissen.

London, 26. März. Ein Teil der englischen Presse schenkt dem am Samstag im Pariser "Figaro" veröffentlichten Artikel große Beachtung. In dem Artikel wurde die Unzufriedenheit Frankreichs mit der Entwicklung seit dem Waffenstillstand, namentlich auch mit der Haltung Bonar Lams, ausgedrückt, und am Schluß betont, Frankreich müsse seine Zukunft durch neue Bündnisse sicherstellen und zwar mit Mächten, die durch die Gegenseitigkeit ihrer Interessen mit Frankreich verbunden wären. Zum Teil wird in der Londoner Presse der Artikel als

ein Angriff auf die Entente betrachtet. "Daily News" wirft die Frage auf, ob Poincaré der Verfasser sei. Der Pariser Berichterstatter der "Times" schreibt, es sei bemerkenswert, daß nach der Entmutigung, die in der letzten Zeit das ganze Gerede über neue europäische Gruppierungen erfahren habe und nach den Versicherungen, daß die Entente die Grundlage jeder europäischen Politik bleiben müsse, einem unbekanntem Publizisten in einem derartigen Blatte eine so hervorragende Stelle eingeräumt werde, um die Unmöglichkeit eines französisch-britischen Einvernehmens darzulegen und offen die Notwendigkeit neuer Völkerverbindungen zu prüfen. Die "Westminster Gazette" schreibt in einem Leitartikel, es sei unmöglich, zuzugeben, daß die Interessen Englands und Frankreichs miteinander unvereinbar und einander entgegengesetzt seien. England sei ebenso wie Frankreich vital an der Sicherheit Frankreichs und an der Bezahlung der Reparationen bis zur vollen Leistungsfähigkeit Deutschlands interessiert. Noch weniger als ein bankrotttes Deutschland wolle England ein bankrotttes Frankreich sehen. Die Interessen Englands und Frankreichs seien dieselben, es sei denn, daß Frankreich andere Interessen habe, die gegenwärtig zu erklären ihm seine Politik verbiete. Schließlich legt das liberale Blatt den Franzosen nahe, ihre Interessen unter einem größeren Gesichtspunkt zu betrachten, denn wenn sie endgültig die Entente preisgeben, wären sie es und nicht die Engländer, die den Preis bezahlen müßten.

Poincaré will reden.

Berlin, 26. März. Fast täglich finden sich jetzt in französischen Blättern Klagen über Kohlenmangel, über Teuerung der Kohlen, über bevorstehende Arbeitslosigkeit usw., die in merkwürdigen Gegensatz zu der Siegeszuversicht stehen, die Poincaré und seine journalistischen Helfershelfer bisher zur Schau getragen haben. Umso überraschender die Meldung, daß sich Poincaré, der sich bisher standhaft weigerte, vor dem Gesamtparlament offen über seine Ruhrpolitik zu reden, nun doch entschlossen hat, noch vor dem Feste in der Kammer über das Ruhrunternehmen eine ausführliche Erklärung abzugeben. Dieser Entschluß hat seinen Grund zweifellos darin, daß in Frankreich die Ungebuld über den ausbleibenden Erfolg des Unternehmens wächst und die Opposition mehr und mehr zunimmt. Wir dürfen uns keiner falschen Hoffnung hingeben. Noch ist das Ende der Tätigkeit Poincares nicht gekommen. Aber der plötzliche Gesinnungswechsel bei Poincaré bleibt für uns Deutsche immerhin ein Ansporn, in der bisher verfolgten Methode des passiven Widerstandes fortzufahren, weil sie der Fels ist, an dem mit der Zeit der französische Siegerübermut zerfallen muß.

Die Sicherheitsfrage.

Paris, 26. März. Die französische Presse befaßt sich mit der Frage der Sicherheit und fragt, wie die französische Ostgrenze dauernd gegen Angriffsgefahren geschützt werden kann, obgleich dieses Problem als zurückgestellt gelten muß. Der Figaro erklärt es im Leitartikel für erklärlich, daß man auch in Deutschland begonnen habe, sich für die Sicherheit Frankreichs zu interessieren.

Die Gefahr für den Rhein.

Paris 26. März. Zur Frage der Entmilitarisierung des linken Rheinuferes schreibt das "Echo de Paris": Es sei wohl möglich, daß, wenn eine Rheinautonomie gewährt werde mit der Zeit ein Partikularismus entstehen würde, wobei sich Koblenz und Köln wohl eher vom Reiche und Berlin lösen würden als München und Stuttgart, aber eine Politik der Loslösung bleibe zweifelhaft und sie sei den zentralisierenden Kräften, die Deutschland seit Hunderten von Jahren regieren, entgegen. Das Blatt spricht dann von der gradweisen Internationalisierung der linksrheinischen Eisenbahnen, die zuerst unter einer französisch-belgischen Regie stehen müßten, um später einem internationalen Komitee übertragen zu werden, in dem aber der französische Einfluß vorherrschend sein müßte. Aber auch das sei noch nicht genügend, und zwar aus strategischen Gründen. Für den Fall, daß Deutschland eingreife, müßten Frankreich und Belgien versuchen, den Rhein zu halten. Es sei also nötig, daß die rasche Mobilisierung des französisch-belgischen Heeres durch strategische Linien am linken Rheinufer sichergestellt werde, und zwar in der gegenteiligen Richtung als in der Vergangenheit, also durch strategische Linien gegen Osten, mit andern Worten, das linke Rheinufer müsse nicht nur entmilitarisiert, es müsse auch für die fremde Ausnutzung durch Frankreich und Belgien nutzbar gemacht werden, sobald Truppen in die rechtsrheinische 50-Kilometer-Zone eingerückt seien.

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

3) Nachdruck verboten.  
Sie schwiegen. Almida hatte an Huberts erstem Gesicht erkannt, daß er eine unangenehme Nachricht erhalten haben müsse. Sie wagte nicht zu fragen. Eine unerklärliche Bangigkeit beengte ihre Brust. Aber gewaltsam suchte sie sich davon zu befreien. Was auch geschehen mochte, sie und Hubert waren eins in ihrer Liebe. Sie würden glücklich sein.  
Almida wollte befreit aufatmen, aber der seltsame Druck blieb trotz alledem. Was befürchtete sie denn eigentlich? Kein Schatten verdunkelte ihr Dasein. Sie war reich, jung und gesund, von allen geliebt. Dem Mann, für welchen ihr Herz schlug, würde sie angehören fürs Leben, das wie ein köstlicher, rosensüßender Sommertag vor ihr lag.  
Das Schicksal hatte sie vor Tausenden bevorzugt, sie kannte weder Sorge noch Zwang, kein Wunsch wurde ihr versagt. Sie liebte und wurde wiedergeliebt.  
War es die Ueberfülle des Glücks, was sie zaghaft machte, sie Schattenscheu sah, wo keine waren?  
Da stahl sich leise Huberts Hand in die ihrige. Almida erschauerte in seltsamem Glück.  
Und Hand in Hand gingen sie zu einer Bank und ließen sich dort nieder. Sie wagten es nicht, sich anzusehen, lange blieben sie stumm. Es war so wunderbar schön, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit. Ihretwegen hätten diese köstlichen Minuten sich zu Ewigkeiten dehnen können.  
Hubert dachte daran, wie ungern er sein Elternhaus damals verlassen, zum erstenmale auf längere Zeit verlassen hatte.  
Aber sein Vater bestand darauf, daß er die Geschäftspraxis eines anderen Kaufhauses von Grund aus kennen lerne.  
Herr Harnisch hatte sich gern bereit erklärt, den jungen Wendorf als Elefen in seine Bureaus aufzunehmen, und ihn bei seiner Ankunft gebeten, sich in seinem Hause ganz daheim zu fühlen.

Das ließ Hubert sich nicht zweimal sagen, besonders, da Almida auf den ersten Blick sein Herz gefangen genommen hatte.  
Er hatte sich gut eingearbeitet in den fremden Geschäftsbetrieb. Vieles war ihm neu erschienen und praktischer als die Gepflogenheiten des väterlichen Kaufhauses, wert, daheim eingeführt zu werden.  
Stolz und froh machte es ihn, daß er sich das Vertrauen und die Anerkennung des Herrn Harnisch erworben, welcher nicht mit Belobigungen geizte und ihm sehr bald eine bevorzugte, seinen Fähigkeiten angemessene Stellung gab. Wie befriedigend und beglückend war dieses strebsame Arbeiten gewesen! Die Tage flossen in gleichmäßig angenehmer Abwechslung zwischen angespannter Tätigkeit und angemessener, köstlicher Erholung dahin.  
"Und nun muß ich wieder fort," sagte Hubert plötzlich aus seinem Sinne heraus, "mein Vater verlangt meine sofortige Heimkehr. Da gibts kein Wenn und Aber; wenn der Gewaltige befehlt, muß ich gehorchen!"  
Am Zucken der kleinen, geliebten Hand fühlte er, wie schmerzlich Almida durch diese Nachricht betroffen wurde.  
Er legte den Arm um ihre Schultern und ihren dunklen Kopf an seine Brust. Er küßte sie voll heißer Innigkeit.  
"Almi" — "Hubert" — der Bann war gebrochen, das zarte bräutliche Glück erster Liebe überflutete sie.  
"Bitte ihn, Deinen Vater, doch wenigstens um einen Aufschub!" sagte Almida endlich, "nun wir uns gefunden, lasse ich dich so schnell nicht fort. Teile ihm mit, daß wir uns verlobt haben, dann ist es ja selbstverständlich, daß er seinen Wunsch, Deinen Aufenthalt hier zu kürzen, zurücknimmt."  
"Ich will es versuchen," gab Hubert nach kurzem Sinnen zu, "obgleich ich des Erfolges einer solchen Bitte nicht unbedingt sicher bin. Mein Vater ist eben so ganz anders als der Deinige, eine kühle, berechnende Natur, für die Gefühlsregungen nicht existieren. ... Ich, Geliebteste, würde dich, auch wenn du arm und ohne Heimat wärst, ebenso heiß und treu lieben, wie jetzt, denn ich liebe dich selbst, dein goldiges Herz, dein herrliches Gemüt, Deine süße, bezaubernde Schönheit; aber

meines Vaters wegen freut es mich, daß du reich, mir ebenbürtig, ein begehrteter Goldfisch bist. Er würde meine Einwilligung zu unserem Bunde versagen, wenn es anders wäre, wenn du, gleichviel, mit den herrlichsten Eigenschaften des Herzens und Geistes ausgestattet, einer mittellosen Gesellschaftsrichtung entstammtest. Dann hätte ich zu wählen zwischen meinem Elternhause und dir. Das wäre ein Unglück für mich gewesen. Denn ich hätte unweigerlich zu dir gehalten. Der Bruch mit meinen Eltern jedoch würde meiner Mutter, deren einziger Sohn ich bin, das Leben kosten. Diese Schuld müßte mein, unser beider Dasein vergällen. Unser Glück, wenn von einem solchen überhaupt gesprochen werden könnte, wäre zu teuer erkauft."  
Almida schauerte unwillkürlich zusammen. "So rauh und strenge ist Dein Vater? Davon hast du nie ein Wort gesagt."  
Hubert küßte sie mit stürmischer Leidenschaft. "Sollte ich dich abschrecken, du einzig Geliebte? Fürchte dich nicht! Du wirst meinen Vater nicht oft zu Gesicht bekommen. Er ist es gewohnt, täglich bis tief in die Nacht hinein zu arbeiten. Er kennt nur seine kaufmännischen Interessen, andere existieren für ihn nicht. Es wird ihn befriedigen, daß ich mir den eigenen Hausstand gründe, denn ihm hat mein Zuneigungsentum, trotzdem ich erst sechszwanzig bin, schon zu lange gedauert. ... Wir werden uns in einer hübschen Villa ein entzückendes Nest bauen. Dorthin kommt mein Vater ganz gewiß nicht. Erstens ist er aller Geselligkeit abhold, all das Schöne, was mir uns zusammenbringen werden, ist ihm gründlich zuwider, weil es nach seiner Meinung den Mann verweichlicht. Trotzdem darfst du meinen Vater nicht für eine wandelnde Rechenmaschine halten, mein Lieb; aber er ist ein Mensch mit starren Grundfätzen. Er würde eher sterben, als von denselben abweichen. Ich bin überzeugt, daß er mein Mütchen und mich von ganzem Herzen lieb hat. Aber dies zu zeigen, erlaubt sein strenger Sinn nicht."  
Das junge Mädchen erblachte unwillkürlich. Ein Frösteln durchlief ihre schlanken Glieder. "Schrecklich! Und in dieser Eisregion wuchst du heran mit einem warmen liebevollen Herzen? Wie mußt du geduldet haben!"



**Ein Plan zur völligen Vernichtung der deutschen Luftschiffahrt.**  
 Berlin, 26. März. Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus Paris: Vor einigen Monaten wurde in Frankreich eine Bewegung eingeleitet, die der deutschen Luftschiffahrt ein Ende machen will. Die Regierung soll ersucht werden, das gesamte Luftschiffmaterial Deutschlands und die Organisation des Luftverkehrs als „Pfand“ für die Erfüllung des Vertrages von Versailles mit Beschlag zu legen. Dieser neueste Versuch, die unangenehme deutsche Konkurrenz zu beseitigen, wird mit größter Energie verfolgt.

**Flaumacherverwände.**

Von der Havasagentur ist trotz der Erklärung der zuständigen Regierungsstelle in Münster abermals behauptet worden, daß der Regierungspräsident von Münster die Beamten im Ruhrgebiet ermächtigt, aufs neue mit den Besatzungsbehörden unter der Bedingung in Beziehungen zu treten, daß man ihn vorher davon in Kenntnis setzt. Die Meldung wird auch dadurch nicht zureichend, daß sie wiederholt wird. Sie ist vom Anfang bis zum Ende erfunden. Wenn man mehr erklärt wird, daß der Havasvertreter in Düsseldorf die betreffende Verordnung in Händen gehabt habe, so steht es dem französischen Kommando ja frei, die angelegliche Verordnung zu veröffentlichen.

**Merkt dir's Deutscher.**

Hat der Verfasser Vertrag den Militarismus beseitigt? Nein, im Gegenteil, Deutschland ist gezwungen, sein Heer bis auf 100 000 Mann, seine Marine bis auf 100 000 Tonnen und 15 000 Mann abzurufen; ihre eigenen großen Heere sind geblieben. Das französische Heer zählt beinahe 900 000 Mann, darunter 245 000 Farbige, das englische 620 000 Mann. Die polnische Armee zählt beinahe 600 000 Mann, die belgische 120 000, die tschechoslowakische 180 000 Mann.

**Frankreichs Atemnot.**

kl Die Besetzung des Ruhrgebietes hat Frankreich allein im Monat Februar 130 Millionen Franks, d. h. rund 15 1/2 Milliarden Mark gekostet. Finanzminister de Lasteyrie hat daher eine Erhöhung sämtlicher veranschlagter Steuern um 20 v. H. vorgeschlagen, und der Wirtschaftsminister Loucheur klagt, daß das stetige Sinken des Frankens eine Folge des Mißtrauens des Auslandes in das französische Ruhrunternehmen sei. Nach dem Organe der französischen Schwerindustrie „Journée industrielle“ sind seit Beginn der Besetzung des Ruhrgebietes nicht mehr als zehn Waggon Kohle herausgekommen. Das bedeutet für die Franzosen einen Verlust von rund 20 Millionen Franks, d. h. etwa 240 Millionen Mark, außerdem aber was viel schlimmer sei, Arbeitslosigkeit, Teuerung, soziale Unruhen. Unser Widerstand wirkt. Bleiben wir jäh! Leer wirds französische Portemonnaie!

**Wie sie hausen.**

**Die Franzosen im Mannheimer Gebiet.**

Mannheim, 25. März. Das Nachtsverkehrsverbot zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland ist von den Franzosen nunmehr auch auf das Rheinruhrgebiet ausgedehnt worden. Durch diese Maßnahme ist die Hauptverkehrsstraße zwischen Mannheim und Schwetzingen beim Bahnhof Rheinau von abends 8 Uhr bis morgens 5 Uhr gesperrt. — In der Nähe des alten Ludwigshafener Rangierbahnhofes haben französische Soldaten mehrere Personen überfallen und ihnen die eingekauften Waren und größere Geldsummen abgenommen. Als sich die Überfallenen zur Wehr setzten, wurden sie schwer mißhandelt.

**Wieder eine Bluttat!**

Bochum, 26. März. Der 27 Jahre alte Bracht wurde gestern an der Zugstrecke zwischen Vorchalle und Bollmerstein von einer französischen Botrouille erschossen. Bracht befand sich auf der Reise von Hagen nach Bochum und mußte wegen der Zugunterbrechung in Vorchalle aussteigen. Dabei wurde er von der französischen Botrouille erschossen. Er wurde vielmehr nochmals vor Gericht gestellt unter der Beschuldigung, bei seiner Festnahme vor der Militärpatrouille geflohen zu sein und die Vorweisung des Passes verweigert zu haben. Er wurde zu acht Monaten Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

**Französische Justiz.**

Berlin, 24. März. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Werden: Der von den Franzosen verhaftete Prinz Friedrich Wilhelm zur Lippe wurde trotz Zahlung einer sieben Millionen betragenden Geldstrafe, wozu der Prinz vom französischen Kriegsgericht verurteilt war, nicht freigelassen. Er wurde vielmehr nochmals vor Gericht gestellt unter der Beschuldigung, bei seiner Festnahme vor der Militärpatrouille geflohen zu sein und die Vorweisung des Passes verweigert zu haben. Er wurde zu acht Monaten Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

**Ein Lump.**

Berlin, 24. März. Nach den hier vorliegenden Meldungen gehen die Franzosen in Bonn besonders schief vor. Offenbar hat hier der am 16. März fristlos aus dem Bahndienst entlassene Josef Kassel in Bonn-Kesfeld seine Hand im Spiel, der für die Franzosen als Spitzel tätig ist.

**Bochum in schwerer Not.**

Köln, 27. März. Der französische Kommandant der Stadt Bochum hat an die Bochumer Geschäftswelt, die seit vier Wochen als Protest gegen die Requisition der Franzosen ihre Läden geschlossen hält, die Aufforderung gerichtet, bis zum 1. April wieder alle Läden zu öffnen, widrigenfalls die leitenden Personen der Geschäftswelt oder deren Inhaber mit Gefängnis bestraft werden. Ferner haben die Franzosen damit gedroht, den Verkauf der Waren selbst vorzunehmen. — Die Absperrung im Stadtinnern Bochums wird rücksichtslos gehandhabt. Um die Bevölkerung zu demütigen, wird von den männlichen Passanten verlangt, daß sie beim Vorzeigen ihres Ausweises ihre Kopfbedeckung abnehmen. Geschick hat nicht, so werden die Hüte und Mützen von den Franzosen heruntergeschlagen.

**Ein tapferes deutsches Mädchen.**

Der Kreisdelegierte von Euskirchen, der Vertreter der Rheinlandkommission, suchte ein neues Dienstmädchen und hatte der Stütze eines ihm gegenüberwohnenden Bauunternehmers die Ehre zugebracht, die Stellung zu übernehmen. Das Mädchen, Anna Cremer mit Namen, lehnte, als ihr das Anerbieten des Delegierten bekannt gegeben wurde, es wiederholt ab, darauf einzugehen, und sie erklärte schließlich — es war am 12. d. Mts. —: Lieber wolle sie in Holzshufen bei Deutschen arbeiten als in Lackschufen bei Franzosen; ein deutsches Mädchen, das heute bei Franzosen arbeite, habe überhaupt keine Ehre

im Leibe. Als sie schon nach einer Stunde dem Delegierten vorgeführt wurde, der sie wegen dieser Bemerkung zur Rede stellte, blieb sie bei dem, was sie gesagt hatte und wiederholte: Jamohl, sie sei allerdings der Meinung, daß ein deutsches Mädchen, das heute noch zu Franzosen in Stellung gehe, keine Ehre im Leibe haben könne; sie nehme kein Wort zurück. Zitternd vor Erregung ließ ihr darauf der Delegierte durch den Dolmetscher eröffnen: Diese Aeußerung enthalte eine schwere Beleidigung Frankreichs; Leute mit solcher Gesinnung könne er in der Stadt nicht dulden, sie müsse innerhalb 24 Stunden das besetzte Gebiet verlassen. Worauf das Mädchen gelassen erwiderte: dann gehe sie eben; sie finde überall eine Stelle.

**Weiteres vom französischen Kameradschaftsgeld.**

Mainz, 26. März. Am Montag, den 19. März, traf auf dem Mainzer Hauptbahnhof ein französischer Eilgüterzug ein, der zwei D-Zugwagen mit sich führte, dessen Fenster dicht verhängt waren. Kaum hielt der Zug, so wurde der Bahnhof auf das allerhöchste von den französischen Gendarmen abgesperrt. Aus dem D-Zug wurden sodann zahlreiche französische Alpenjäger gebracht, von denen je zwei mit den Händen zusammengefesselt waren. Diese Militärgefangenen wurden in einen anderen Zug gebracht und in der Richtung nach Worms weitergebracht.

**Wie Verbrecher behandelt.**

Berlin, 26. März. Nach eingegangenen Nachrichten sind die Zustände im Gefängnis zu Zweibrücken, in dem die Mehrzahl der mit Gefangenschaft bestrafte deutschen Beamten untergebracht ist, überaus unwürdig. Augenzeugen berichten, daß den Gefangenen alle Vorteile, wie sie sonst politischen Gefangenen gewährt werden, verweigert sind. Verboten sind Rauchen, Lektüre, Korrespondenz, Beschaffung der Kost usw. Die Behandlung ist die gemeiner Verbrecher, mit denen die Gefangenen auch zusammengepfert sind. Ferner wird die schlimmste Form der Einzelhaft angewandt.

**Verstimmung der Schweiz gegen Frankreich.**

Paris, 26. März. Der Petit Parisien meldet, daß der schweizerische Bundesrat am Samstag die Note geprüft hat, in welcher die französische Regierung ihn auffordert, seine Zustimmung zur Inkraftsetzung der Konvention vom 7. August 1921 in der Frage der Freizonen zu geben. Bekanntlich ist diese Frage durch das schweizerische Volk auf dem Wege des Referendums gelöst worden, welches das Jonaabkommen mit überwältigender Mehrheit ablehnte. Die französische Regierung erklärt in dieser Note, daß die Volksabstimmung die Verweigerung der Ratifikation nicht rechtfertigen könne. Der schweizerische Bundesrat ist hingegen anderer Ansicht, er betont: Falls er dieser Volksabstimmung nicht Rechnung trüge, würde er die Verfassung verletzen. Die schweizerische Regierung wird in der kommenden Woche den Text aller bisher über diese Frage gewechselten Noten veröffentlichen und eine negative Antwort auf das französische Ersuchen wird am Montag in Paris durch den schweizerischen Gesandten der französischen Regierung überreicht werden. Der Petit Parisien behauptet, daß die französische Regierung in ihrer Note ebenfalls den Vorschlag der schweizerischen Regierung, die Frage vor das Schiedsgericht in Haag zu bringen, abgelehnt hat. Die Erregung in der Schweiz über die französische Antwortnote in der Jonafrage ist allgemein und die Blätter verzeichnen den überaus schlechten Eindruck, den sie machte, in Artikeln von einer bisher ungewohnten Schärfe.

**Chinesischer Boykott gegen Japan.**

Paris, 26. März. Nach einer Havas-Meldung aus Shanghai hat dort gestern eine große Versammlung von Kaufleuten und chinesischen Studenten stattgefunden, in der eine Entschließung angenommen wurde, die einen Boykott der Japaner vorschlägt, um Japan zu zwingen, Port Arthur und Dschang China zurückzugeben. In Shanghai fanden weiter große Kundgebungen statt, bei denen Plakate mit Aufschriften herumgetragen wurden, die die Zurückweisung der 21 japanischen Forderungen verlangten. Meldungen aus Peking besagen, daß der Minister des Äußern, Huang Pu, seine Demission eingereicht hat wegen der Angriffe gegen die Regierung, der man allzu große Nachgiebigkeit gegenüber Japan vorwirft. Eine offizielle Bestätigung der letzteren Nachricht liegt bis zur Stunde noch nicht vor.

**Stinnes in Rom.**

Rom, 26. März. Die römische Presse hat eine neue Sensation. Hugo Stinnes ist in Rom eingetroffen und hatte dort mit mehreren Mitgliedern der amerikanischen Delegation (die am Kongreß der internationalen Handelskammer teilnehmen, eingehende Unterredungen. Besonders Interesse erregt eine Zusammenkunft Stinnes mit dem amerikanischen Stahlgroßhändler Grey, der vor einiger Zeit auch von dem König und von Mussolini empfangen wurde.

**Neurosität in Paris.**

Paris 27. März. Die Neurosität der öffentlichen Meinung Frankreichs zeigt sich in der Unruhe, mit der die Romreise von Hugo Stinnes, die Reise des belgischen Ministers Jaspar nach Mailand, die Entschließung der internationalen Handelskammer und die bevorstehende Debatte im englischen Unterhaus hier besprochen werden. Man gibt die Wirkung dieser Vorgänge in Frankreich am Treffendsten wieder, wenn man feststellt, daß sie ein seltsames Gemisch von Hoffnungen und Befürchtungen erwecken. Damit soll aber nur die Stimmung der nicht-amtkläglichen Kreise charakterisiert werden. Im Ministerium des Äußern war bis jetzt von einer derartigen Beunruhigung nichts zu spüren. Man scheint davon überzeugt zu sein, daß für den Augenblick eine Regelung der internationalen Lage weder zu erhoffen, noch zu befürchten ist, sondern daß der gegenwärtige Zustand des Abwartens vielleicht noch wochenlang andauern wird.

**Die Sommerzeit in England.**

London, 26. März. Der Sekretär des Innern teilt mit, daß die Sommerzeit, die jetzt durch Parlamentsbeschluss angenommen ist, in diesem Jahr am 22. April beginnt und bis 16. September dauern wird.

Auch Deutschland könnte die Vorteile der Sommerzeit brauchen, aber merkwürdigerweise ist der Reichstag in seiner Mehrheit dagegen. Außer England haben noch andere Länder die Einrichtung der Sommerzeit, auch Frankreich.

**Schleswig-Holsteins Jubelfeier.**

Kiel 26. März. Stadt und Land der Provinz Schleswig-Holstein begingen am Samstag in würdigen Feiern den 75. Geburtstag der schleswig-holsteinischen Erhebung. Die Stadt Kiel trug reichen Flaggen Schmuck, in dem die alten blau-weiß-roten Landesfarben vorzugsweise vertreten waren. Schon morgens begann hier die Feier mit einer Kranzniederlegung von etwa 60 Vereinsabordnungen an den Gräbern der Gefallenen auf dem St. Jürgen-Friedhof. Darauf begaben sich die Vereine im

geschlossenen Zuge nach der Nikolaikirche, wo ein Festgottesdienst stattfand. Eine Feier in der Aula der Universität schloß sich an.

Dabei ergriff Ministerpräsident Braun das Wort zu einer Ansprache. Er schilderte die Freiheitsbewegung der Schleswig-Holsteiner vom Jahre 1848 an und zog den Vergleich mit dem Kampf an der Ruhr.

„Der Abwehrkampf, der auf der Roten Erde ausgekämpft wird, ist nicht nur ein Kampf um Kohle und Eisen, um westfälisches Land und Volk, nein, es ist der Freiheitskampf um deutsche Kultur, deutsches Recht und deutsche Zukunft.“ Deshalb steht das ganze deutsche Volk in treuer Solidarität und opferreicher Hilfsbereitschaft hinter den Kämpfern an der Ruhr und am Rhein, wohl bewußt, daß es gilt, die Vernichtung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit, den Abstieg zur weiteren Verarmung und völligen Verelendung abzuwehren und die Bahn frei zu machen für ein freies, durch Arbeit und Pflichterfüllung wieder aufwärts steigendes Deutschland. An der Einheit und Einheitslichkeit des Reiches müssen wir mit heißer Liebe und unbeugsamem Willen festhalten. Gestützt durch diesen Willen werden wir die schweren Wochen und Monate überstehen, die wir im Abwehrkampf an der Ruhr noch vor uns haben. Und in Erinnerung an den unbeugsamen Freiheitsgeist der Schleswig-Holsteiner, in stolzem Gedenken an die deutsche Nordmark, die in Kampf und Unterdrückung auch nie einen Augenblick lang daran gezweifelt hat, daß allen materiellen Lockungen zum Trotz ihr Platz an der Seite Deutschlands ist und die diese treue und starke Gesinnung noch unlängst bei der aufgewungenen Abstimmung vor der Welt bekundet hat, erneuern wir hier auf dem Boden aller Freiheitskämpfe, auf urdeutschem Boden das Gelübde der Treue zu Reich und Land: „Schleswig-Holstein u. Preußen, Preußen und das Reich das ganze deutsche Vaterland frei und up ewig ungedeckt!“

Nach Beendigung der Universitätsfeier begann ein Festakt im Kollegienaal des Rathauses, wobei der preuß. Ministerpräsident Braun die Erinnerungsrede hielt. Nachmittags fand eine Festvorstellung im Staatstheater statt.

**Baden.**

**Der Reichsarbeitsminister in Karlsruhe.**

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns weilte gestern in Karlsruhe. Zweck seines Besuches war, sich über die Lage in Baden zu unterrichten und mit Behörden und Vertretern der Geschäftswelt, der Arbeiter- und Angestelltenchaft die Angelegenheit zu besprechen, die zur Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums gehören. Es handelt sich vor allem um Fragen, die sich als Folgen des Abwehrkampfes für das Arbeitsverhältnis ergeben. Die Besprechung festigte beim Reichsarbeitsminister die Ueberzeugung, daß auch für Baden die Abwehrfront fest steht, und daß alle Kreise bereit und entschlossen sind, Opfer zu bringen, wenn sie notwendig werden. Die Ausführungen aller Redner schlossen mit der Versicherung, daß der uns aufgezwungene Kampf weitergeführt werden müsse. Die Ausführungen des Reichsministers hinterließen den Eindruck, daß die Reichsregierung alle Vorbereitungen getroffen hat, um Schäden, die Unternehmern und Arbeitern durch französische Eingriffe entstehen, mit allen Mitteln zu begegnen. Sehr erfreulich wirkte es, daß Dr. Brauns versprach, bei allen Maßnahmen zur Abwehr von Schäden den üblichen, ermüdenden, behördlichen Instanzenweg zu kürzen. Oberbürgermeister Finter-Karlsruhe kam im Zusammenhang mit der Forderung, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge dem Wohnungsbau nutzbar gemacht werden soll, auf die Wohnungsfrage und auf die Mittel zum Bauen im allgemeinen zu sprechen. Dabei ergaben sich durch Mitteilungen des Reichsarbeitsministers sehr wichtige Feststellungen über den Umfang und die Verteilung der Mittel, die das Reich zur Bekämpfung der Wohnungsnot aufwenden will. Auch hier versprach der Reichsarbeitsminister, bürokratische Hemmnisse so weit als möglich zu beseitigen. An seine Zusagen knüpfte er die Mahnung an Städte und Gemeinden, zu sparen. An Beispielen wies er nach, daß derartige Mahnungen wohl angebracht sind. Man wird in der Bürgerschaft diese Mahnung nicht ungern hören, zum Teil ist aber das Reich selbst an diesen Zuständen schuld, zum Teil auch die Bürgerschaft, die sich alles bieten läßt. Nach der Besprechung, die von Arbeitsminister Dr. Engler geleitet wurde, war Gelegenheit geboten, in engem Kreis Einzelheiten zu erörtern.

**Der deutschnationale Abgeordnete Schmitt aus Bretten.**

Eine niedliche Geschichte, die auch für völlig Unbeteiligte eines gewissen Reizes nicht entbehrt, macht die Kunde durch die badische Presse. In der Freitagssitzung des badischen Landtages erging sich der deutschnationale Abgeordnete Schmitt-Bretten in heftiger Polemik gegen den republikanischen Professor Kantorowicz an der Universität Freiburg. Der Innenminister Kemmele machte den Zwischenruf: „Das ist echt deutsch-völkisch, worauf Herr Schmitt antwortete: „Es ist traurig, daß Baden einen solchen Minister hat.“ Darauf der Minister: „Pflui Teufel, ich habe meine Kinder nicht nach dem Ausland geschickt, aber Sie.“ Nach dem „Badischen Beobachter“ handelt es sich hierbei um folgenden Vorgang: In Bretten war jüngst große Aufregung, daß die Franzosen kämen. Und Herr Schmitt, „der stolze Vorkämpfer für die deutsche Freiheit“, habe nichts eiligeres zu tun gehabt, als für seine Kinder Pässe nach der Schweiz zu beschaffen und auch er selbst soll seine Faheligkeiten zusammengepackt haben, weil im Falle eines Einrückens der Franzosen seine alsbaldige Verhaftung bevorstehe. — Herr Schmitt aus Bretten hätte demzufolge also den besseren Teil des Mutes erwählt. Wir verzeichnen dieses Geschichtchen nur, weil es angesichts dem Kampfes an der Ruhr von besonderem Interesse ist.

**Aus Nah und Fern.**

\* Sinsheim, 28. März. (Bürgerauschuß.) In seiner gestrigen Sitzung genehmigte der Bürgerauschuß nachträglich den Vorschlag für 1922/23 und den Umlageatz für 1921/22 mit Mk. 3. Als Schlachthausgebühr wurde der Wert eines Pfundes Fleisch für jedes geschlachtete Tier, als Waagegebühr Mk. 100 für leere, Mk. 200 für beladene Wagen festgesetzt. Als Sprunggebühr wird künftig der Wert von 2 Litern Milch, für Eber 500 Mk. erhoben. Der Wasserzins, der bereits früher verunfacht worden ist, wird nochmals um das zwanzigfache erhöht, sodas er nun das hundertfache des Friedensjahres beträgt. Die Sparkassenrechnung für 1921, die verkündet wurde, schließt mit einem Gewinn von 76 482,04 Mk. ab; der Zinsfuß für Spareinlagen wurde auf 4 1/2 Prozent erhöht mit der Ermächtigung des Aufsichtsrats, ihn nach Erfordernis weiter erhöhen zu dürfen. Endlich wurden die Satzungen für den Fortbildungsschulverband Sinsheim-Dühren-Kohrbach genehmigt. Bei Schluß der Sitzung machte der Vorsitzende Mitteilung von einem bedauerlichen Vorfall, der sich vor 2 Tagen abspielte hat. In den letzten Wochen wurde die Einwohnerschaft häufig durch nächtliche Ruhestörungen, Sachbeschädigungen, Diebstähle usw. belästigt. Es ist tief bedauerlich, daß in dieser ersten Zeit, wo der Feind noch in unserer engeren Heimat steht, eine Anzahl halbwüchsiger junger Leute nichts Besseres zu tun wissen, als sich durch skandalöses Benehmen und Gemeinheiten auszu-



zeichnen. Der Gemeinderat hat zur Aufrechterhaltung der Ordnung 4 Hilfspolizisten angestellt, welche amtlich verpflichtet sind...

Sinzheim, 27. März. (Rentenauszahlung.) Der Feiertage wegen werden die auf 1. April fälligen Zinsrentenbezüge...

Neckarbischofsheim, 26. März. (Die Fortbildungsschule) wird von Ostern ab eine Neugestaltung erfahren...

Neckarbischofsheim, 24. März. (Nebenbahn.) Die Direktion der Bad. Lokal-Eisenbahnen A.-G., die den Zugverkehr...

Rappenaau, 26. März. (Einbruch.) In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde bei Schlossermeister Gustav Dürrmann...

Mosbach, 26. März. (Straßenraub.) Am Samstag abend zwischen 6 und 7 Uhr wurde auf der Straße Mosbach-Rüstenbach...

Heidelberg, 28. März. (Ein schwerer Verlust) erlitt in der vergangenen Nacht ein Student. Er war von einem unbekannten Mann am Bahnhof angesprochen...

Gondelsheim, 27. März. (Ueberfahren.) Der bei seinen Eltern in einem Bahnhofswohnhaus wohnende Arbeiter Hermann Kühne...

Mannheim, 26. März. (Das städtische Defizit) beträgt über drei Milliarden Mark. Für Gehälter muß die Stadt Mannheim nach der jetzigen Aufstellung...

Mannheim, 26. März. (Einem größeren Diebstahl) ausgeführt in den Ausstellungsräumen des hiesigen Altertumsvereins...

Mannheim, 27. März. (Folgenschwerer Wirtschaftsstreit) gestern mittag wurde in einer Wirtschaft in der Werkstraße der Wirt Gebling...

Karlsruhe, 27. März. (Aus dem badischen Zeitungsweesen.) Die der Zentrumspartei nahestehenden Bodenbesitzer: „Konstanzer Nachrichten“...

Böblingen, 27. März. (Selbstmord mit Lüge.) Im Ehninger Wald wurde ein Mädchen an einer Bude aufgehängt, tot aufgefunden...

Zimmendingen, 27. März. (Aufgefundene Leiche.) In Möhringen fiel vor etwa 6 Wochen der Malermeister Wilhelm Eutenbenz in die Donau...

Wiltbad, 27. März. (Berunglückt.) Tödlich verunglückt ist der im besten Mannesalter stehende Fuhrmann Ehrst Kummer...

Dannenfels (Pfalz), 26. März. (Aus Schwermut in den Tod.) Nach dem Frühstück erhängte sich ein Inasse des hiesigen Krankenhauses...

Unterharau (Ndb.), 27. März. (Den Schwager erschossen.) Zum Bauer Jard kam in später Nachtstunde, da er den Zug veräumt hatte...

Berlin, 27. März. (Von Einbrechern erschossen.) Im Hause Müllerstraße 153 stießen die Pförtnerseheleute Ermsich mit drei Einbrechern zusammen...

Ämtliche Kurse

Table with 2 columns: Description of securities (e.g., 5% Kriegsanleihe) and their corresponding prices.

Briefkasten.

Nach Sabstadi. Anonyme Einfindungen können nicht berücksichtigt werden.

Evangelischer Gottesdienst.

- Gründonnerstag, 29. März. 12:10 Uhr: Gottesdienst. Dekan Eisen. 5 Uhr: Hg. Abendmahl mit Vorbereitung.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nr. 19. Die Festsetzung der Kaminsegergebühren betr. Mit Wirkung vom 26. März 1923 sind infolge weiterer Erhöhung der Gehilfenlöhne...

Stammholz-Versteigerung.

Am Dienstag, den 3. April d. J., 10 Uhr vormittags, werden aus den Waldungen des Adeligen Damenstiftes Karlsruhe-Distr. I Pföhberg...

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Bezirk Sinzheimer.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 27. 2. 1923 (R. G. Bl. Nr. 16 S. 159) hat der Vorstand folgende Grundlohnklassen und Unterstufungen festgesetzt:

Table with 10 columns: Klasse, Arbeitsverdienst bis, Grundlohn, Beitrag im Ganzen, Beitrag Arbeitsverdienst, Krankengeld, Steuerbetrag, Klasse, Arbeitsverdienst bis, Beitrag im Ganzen, Beitrag Arbeitsverdienst.

Personen ohne jegliche Natural- und Barbezüge zahlen 2/3 der Beiträge der untersten Lohnstufe. Krankengeld wird denselben nicht gewährt.

Der Vorstand: Sidler.

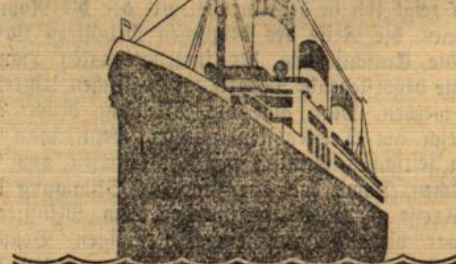
Ihren Frühjahrsbedarf in landw. Maschinen und Geräten

jeder Art kaufen Sie am billigsten durch unsere Abteilung Maschinen. Große Vorräte in unseren Lagern Karlsruhe, Bruchsal, Mosbach usw.

Bad. landw. Hauptgenossenschaft e. G. m. b. H. Karlsruhe i. B., Lauterbergstraße 3.

Würmer sind's in den meisten Fällen, wenn Tiere Gaikola-Wurmkuren für Pferde, Rinder, Schweine und Hunde vernichten dieselben.

NACH SUDAMERIKA



DEUTSCHE PASSAGIERDAMPFER MIT VORZÜGLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR REISENDE ERSTER ZWEITER UND DRITTER KLASSE...

Wir übernehmen stets Aufträge in Anfertigung von Möbeln aller Art Eichen, Kirschbaum poliert, tannen lackiert.

Gute Ware! Billige Preise! K. u. W. Geshmann, Möbelschreinerei, Waldstadt, Waldbachstraße 100.

- Süssbücklinge, Salzheringe, Bismarckheringe, Rollmöpse, Ochsenmaulsalat, Nordseekrabben

empfehlte Emil Deubel.

Frisch eingetroffen:

- feinste Holl. ger. Riefenlachsheringe ff. Bücklinge, Schweizerkäse, Prima Limburger, Camembert, Tafel- u. Frühstückskäse...

empfehlte preiswert Paul Wohlgenuth Hauptstraße 487.

Empfehle

- la. Molkereibutter, la. Schweizerkäse und Limburger, Camembert, Bismarckheringe

erzeugt Dr. Bülle's Birkenwasser. Zu hab. bei: A. Engel, Engel-Drog.



AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtkverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen.

Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch NORDEUTSCHER LLOYD

in Sinzheimer: Gg. Eiermann Eisenbahnstr. 344

in Neckarbischofsheim: Max Jeselsohn, Hauptstr. 4.

prima billigst, en gros, en detail.

Haug, Heidelberg Berghelmerstr. 75. Telef. 1153.

Frachtbriefe empfiehlt die G. Becker'sche Buchdruckerei.